

Infragestellung strukturierter Mitsprachemöglichkeiten

Tomi Kiilakoski und Anu Gretschel

Einleitung

Im Oktober 2012 fanden in Finnland Kommunalwahlen statt. Die Wahlbeteiligung betrug 58,2 %, der niedrigste je bei finnischen Kommunalwahlen erreichte Prozentsatz (Finnland-Statistik 2012).

Die größte finnische Tageszeitung „Helsingin Sanomat“ (30.10.2012) kommentierte die Haltung der Nichtwähler in ihrem Leitartikel mit Hilfe einer Karikatur, auf der man eine Hand erblickte, die mit einer Fernbedienung auf einen Fernsehbildschirm zeigte, auf dem das Logo „Idioten“ zu sehen war. Der normative Druck, zur Wahl zu gehen, zeigt sich in diesem Bild und in dem Leitartikel. Nichtwähler werden als mediengetriebene Individualisten dargestellt. Der Leitartikel ist ein Beispiel für die zwiespältige Einstellung zur Demokratie: Entweder geht man wählen oder man ist ein Idiot.

Positiver ausgedrückt könnte man diese Haltung so sehen, dass es einerseits Menschen gibt, die an die hergebrachte repräsentative Demokratie glauben, und andererseits Leute, die mehr von praktischer Politik im Leben halten, indem sie sich etwa in den sozialen Medien äußern oder als Verbraucher Entscheidungen treffen. Das geringe Interesse an repräsentativer Demokratie ist nicht auf Finnland beschränkt. Die Politikverdrossenheit der Jugend macht zunehmend Sorge. Zugleich wird in Europa weitgehend anerkannt, dass es die Demokratie neu zu beleben gilt. Die Herausforderungen der Globalisierung, der Umweltkrise oder die zunehmende Bedeutung einer auf Identität abgestellten Politik prägen das politische Leben demokratischer Staaten (Dryzek und Dunleavy 2009). Politische Planung stellt besonders auf die Jugendlichen als künftige sozial engagierten Mitbürger ab und sieht Verfahren zu ihrer Einbindung vor. Man könnte jedoch einwenden, dass solche Verfahren teilweise von einem unzureichenden Demokratieverständnis ausgehen.

Auf Grund einer Zusammenfassung internationaler Untersuchungen über die Mitsprache der Jugend, in Finnland von einer Gruppe von 24 Wissenschaftlern unternehmener Fallstudien (Gretschel und Kiilakoski 2012) sowie einer vergleichenden Untersuchung der Situation in Finnland und Deutschland (Feldmann-Wojtachnia et al. 2010) kommt der vorliegende Artikel zu dem Ergebnis, dass Jugendliche sich dort weit mehr gesellschaftlich engagieren, wo formelle Mitspracheverfahren als zu eng gelten. Um solchen Einschränkungen zu begegnen, ist es nötig, von einem simplen Dualismus (kollektiv denkender Bürger/Individualist, repräsentative Demokratie/allgemeine Mitsprache, repräsentative/direkte Mitsprache, institutionalisierte/nicht institutionalisierte Mitsprache, Parteipolitik/Politik im praktischen Leben, hergebrachtes Bürgerverhalten/von Bürgerbewegungen abgeleitetes Bürgerverhalten, moderne Erwachsene/postmoderne Jugendliche usw.) abzugehen und die Vielfalt und den Reichtum demokratischer Kultur anzuerkennen. Die Untersuchung des Zustands der Mitsprache erfordert anzuerkennen, dass sich Demokratie und demokratisches Engagement im Alltag junger Menschen verschieden äußern können.

Viele unserer Beispiele sind der kommunalen Ebene entnommen. Dies unterstreicht die Bedeutung des Wohnorts und des Verhältnisses zwischen Kommunalverwaltung und Bürgern. Besonders für junge Menschen kommt es auf die unmittelbare Umgebung an. Wenn die Demokratie durch auf der Straße, im Park oder in Gemeinschaften getroffene Entscheidungen neu belebt wird, sollte man Demokratie im Allgemeinen als Ergebnis eines demokratischen Prozesses und nicht als technokratische Lösung gesellschaftlicher und räumlicher Probleme sehen. Nach dem Soziologen Ulrich Beck verlangt die neue politische Kultur „eine erneute Politisierung kommunaler Politik, praktisch ihre Wiederentdeckung und Neudefinierung durch mitreißende Programme, Personen und Ideen“ (Beck 1998, 16). Wir halten uns an Beck und konzentrieren uns auf die kommunale Ebene, auch wenn die Argumente dieses Artikels auch auf die staatliche oder internationale Ebene angewandt werden könnten. Wir sind der Ansicht, dass ein Weg, diese erneute Politisierung zu erreichen, darin besteht, Demokratie als viel weiteren Begriff anzuerkennen.

Unser Artikel gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil behandeln wir Demokratie-Theorien, indem wir theoretische Beobachtungen mit empirischen Jugenduntersuchungen kombinieren. Wir sagen, dass die Schaffung demokratischer Kultur die Identifizierung der vollen Reichweite des Begriffs Demokratie erfordert. Im zweiten Teil untersuchen wir verschiedene Ansätze zur Förderung von Mitsprache. Dabei untersuchen wir EU-Verfahren, die ICCS-Studie (International Civics and Citizenship Education Study) sowie die Mitsprache von Skateboard-Fahrern bei kommunalen Planungen. Mit Hilfe der Untersuchungen dieser verschiedenen Ebenen zielen wir darauf ab festzustellen (Teil drei), dass die ganze Reichweite des Begriffs Demokratie bei den Bemühungen zur Förderung von Mitsprache nicht gesehen wird.

Die vielen Ausprägungen von Demokratie

Demokratie ist ein politisches Ideal, eine Lebensform, ein leitender Erziehungsgrundsatz sowie Gegenstand dauernder Debatten und Konzeptualisierungsversuche. Man ist

sich nicht einig, was Demokratie genau heißt. Nach dem israelischen Philosophen Avishai Margalit ist Demokratie ein systematisch zweideutiger Begriff, „ein Verfahren zum gewaltlosen Regierungswechsel, eine voll entwickelte Lebensform“ (Margalit 2002: 12). Über das Wesen der Demokratie kann man streiten. Im Lauf der Geschichte wandelten sich die Demokratiekonzepte. Das vorherrschende Verständnis von Demokratie, die Idee der repräsentativen Demokratie, kam im 19. Jahrhundert auf, als man eine Verbindung von Demokratie und Repräsentation für möglich und wünschenswert hielt (Palonen 2008: 195-197).

Seit es Demokratie gibt, wurde die Frage, wer zur demokratischen Teilnahme fähig sei, stets aufs Neue formuliert und diskutiert. Nach dem klassischen Demokratie-Theoretiker John Locke sind Personen, die einen Sozialvertrag schließen, „frei, gleich und unabhängig“ (Locke 1993: 309). Übrigens verstand man lange Zeit hindurch darunter freie Männer. Auch wenn die demokratische Teilnahmerechtung inzwischen ausgeweitet wurde, sind manche Bürger dennoch weiterhin von der repräsentativen Demokratie ausgeschlossen. Ein deutliches Beispiel sind Jugendliche unter 18 in Ländern, in denen Sechzehnjährige noch nicht wählen dürfen.

Herkömmliches politischen Denken schloss Kinder und Jugendliche vom politischen Handeln aus. Man ging früher davon aus, dass die Menschen während eines beträchtlichen Abschnitts ihres Lebens unpolitisch bleiben würden. Man dachte, ihre Interessen und Erfahrungen kämen erst bei wachsender Erfahrung, Unabhängigkeit und Freiheit zur Geltung (siehe Nussbaum 2007: 33). Diese Betrachtung von Kindern hat sich gewandelt. Inzwischen werden Kinder als aus eigenem Recht heraus politisch und wirtschaftlich handelnd wahrgenommen (Alanen 2009) und ihr Handeln wird nicht nur als Probe für die Zukunft gesehen, sondern voll in die Entscheidungsfindung einbezogen. Dieses Konzept erfordert allerdings, dass man entweder die mit der repräsentativen Demokratie verbundenen Beschränkungen anerkennt und ergänzende Verfahren für die Jugend einführt (z. B. Jugendbeiräte) oder aber verschiedene Formen von Demokratie ausprobiert, um den Bürgern größere Möglichkeiten sozialen Engagements zu bieten. Wir befürworten Letzteres und möchten deutlich machen, wie verschiedene Demokratie-Theorien zeigen, was es heißt, junger Staatsbürger zu sein. Übertragen gesprochen könnte man sagen, die Vögel der Demokratien singen nicht nur mit verschiedenen Stimmen, sondern auch in unterschiedlichen Wäldern und aus unterschiedlichen Gründen.

Um die ganze Bandbreite an Mitsprache aufzuzeigen, muss man das gesamte Ausmaß demokratischen Lebens untersuchen: Die repräsentative Demokratie und ihre Idealvorstellung von Bürgern, die ihre Delegationen wählen, stehen im Widerspruch zu den Idealen direkter, auf Mitsprache und sachliche Auseinandersetzung gegründeter Gegendemokratie bzw. dem Ideal direkter Entscheidungsfindung, Mitsprache, demokratischer Diskussion und Überwachung – z. B. in Form der gesellschaftlichen Medien. Verschiedene Demokratiekonzepte gehen von verschiedenen Vorstellungen demokratischer Kultur aus, wie die Bürger sich in einer Demokratie einbringen und worin demokratische Instrumente bestehen (siehe Tabelle 1). Man darf sie aber nicht so betrachten als ob sie einander ausschließen. In ein und derselben Gemeinde können sich gleichzeitig ganz verschiedene Beteiligungsformen finden.

Tabelle 1: Ideale der Demokratie und demokratische Instrumente auf europäischer lokaler Ebene

Demokratiethorien	Idealbild von Demokratie	Umsetzungen in der lokalen Verwaltung	Mögliche Handlungen für die Jugend
Repräsentative Demokratie	Der Bürger als Wähler: sammelt Informationen und handelt, indem er wählt. Abhängig vom Staat können die Bürger im Alter von 16, 17 oder 18 Jahren wählen und sich als Kandidat zur Wahl stellen und ihre Rolle ändern. Politische Kultur, in der die gewählten Kandidaten Entscheidungen treffen und Prozesse leiten.	Wählen die lokalen politischen Gremien und agieren in diesen. In einigen Gemeinden Wahl des Bürgermeisters.	Abhängig vom Staat ist es 16-, 17- oder 18-Jährigen bei Kommunalwahlen möglich, zu wählen und sich als Kandidat für einen Sitz im Stadtrat zur Wahl zu stellen, darüber hinaus können die politischen Organisationen der Parteien junge Mitglieder benennen, in Ausschüssen und in der Geschäftsführung der lokalen politischen Verwaltung zu arbeiten.
Direkte Demokratie	Der Bürger als politischer Entscheidungsträger. Politische Kultur, in der die Bürger selbst die Entscheidungen treffen.	Referenden Initiativrecht auf Kommunalebene (wenn die Macht bei den Anwohnern liegt).	Das Recht von Personen im Alter von 16, 17 oder 18 Jahren, bei Referenden abzustimmen. Recht auf Einbringen einer Volksinitiative.
Auf Mitsprache begründete Demokratie (Partizipatorische Demokratie)	Der Bürger als Teilhabender: gibt Feedback, nimmt an Diskussionen/Handlungen teil. Politische Kultur, die die Partizipation und die Chance für eine mögliche Einflussnahme auf allgemeine Themen fördert.	Recht auf Einbringen lokaler Initiativen, Nutzer- oder Anwohneranfragen, Anhörungen, Sitzungen, Podiumsdiskussionen und Foren, Verteilung von Mitteln für die Durchführung verschiedener Wohnbauprojekte. Tätigkeit in NRO.	Recht auf Einreichen einer lokalen Initiative und ähnliche Methoden wie jene, die in der nebenstehenden Spalte für alle Kinder und Jugendlichen aufgeführt sind. Repräsentative Formen der partizipatorischen Demokratie: Jugendräte, Vertreter von Jugendräten in Ausschüssen oder dem örtlichen Stadtrat. Tätigkeit in NRO.

Demokratietheorien	Idealbild von Demokratie	Umsetzungen in der lokalen Verwaltung	Mögliche Handlungen für die Jugend
<p>Auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende Demokratie (deliberative Demokratie)</p>	<p>Der Bürger als beratender Handelnder: Er nimmt an der öffentlichen Debatte teil, trägt Argumente vor und trägt zur Bildung ausgewogener und umfassender Ansichten der Gesellschaft bei.</p> <p>Politische Kultur, bei der die Themen mit den Bürgern besprochen werden und bei der Entscheidungen, Gesetze und Maßnahmen begründet werden, damit die Menschen sie verstehen. Die Politik dreht sich um den Einzelnen und die gemeinsame Diskussion.</p>	<p>Zum Beispiel Bürgerjury, Konsensuskonferenz, deliberative Diskussionstage.</p>	<p>Bürgerjury für junge Menschen, beratende Diskussionstage für junge Menschen.</p>
<p>„Gegendemokratie“</p>	<p>Der Bürger als Aktivist, der überwacht, kontrolliert, Fragen stellt und versucht, den Inhalt und die Handlungen der Entscheidungsträger durch eigenes Handeln zu reformieren (nicht nur durch Gespräche).</p> <p>Politische Kultur, bei der das Handeln der Entscheidungsträger zu einem Vertrauensverlust der Bürger geführt hat und politisches Handeln anstatt apolitische Passivität nach sich gezogen hat.</p>	<p>Demonstrationen, Internetschriften und andere Nutzung sozialer Medien, Treffen, organisatorische Tätigkeit, legales und illegales Handeln.</p>	<p>Demonstrationen und ähnliche Methoden, wie in der nebenstehenden Spalte beschrieben.</p> <p>Auch Jugend- und Schülerräte setzen die Methoden der Gegendemokratie ein (z. B. Streiks und Demonstrationen).</p>

Die Tabelle wurde – ausgehend von der ursprünglich von Eskelinen u. a. 2012 erstellten Tabelle, verfeinert und entwickelt.

Repräsentative Demokratie

In der westlichen Gesellschaft war die repräsentative Demokratie ein Modell gelebter Demokratie. Der Schwerpunkt liegt auf politischen Parteien, Wahlen, Parlamenten und Stellvertretung. Zugunsten der repräsentativen Demokratie wird argumentiert, dass die Probleme der modernen Gesellschaft vom Volk gewählte Politiker erfordern. Nach Parkinson kann man davon ausgehen, dass die Entscheidungsträger zur Verantwortung gezogen werden können, wenn für den Rest der Bevölkerung bindende Entscheidungen von Personen getroffen werden, die der Öffentlichkeit gegenüber verantwortlich sind und deren Bestellung von der Zufriedenheit ihrer Wähler abhängt. Wenn Entscheidungsträger zufällig ausgewählt oder selbst ernannt wären, wären diese geneigt, nicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen (Parkinson 2012: 44). Bei kritischem Blick auf diese Art von Demokratie lässt sich sagen, dass den Bürgern nur die passive Rolle zukommt, am Wahltag für eine der vorgestellten Alternativen zu stimmen, oder dass die Politiker dazu neigen, den verschiedenen Interessengruppen zu viel Beachtung zu schenken, statt auf die Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft zu achten (Morrow 2005: 380).

Politische Analytiker beklagen, dass die jungen Leute ihre Illusionen verloren haben. Laut Coleman sind beide Seiten an dieser fehlenden Bindung zwischen Jugend und Politik schuld. Entweder hat die Jugend andere Interessen als Politik oder die Politiker sind nicht imstande, die Internet-Generation zu motivieren, und nicht in der Lage, Mittel zu finden, um die derzeitigen Anliegen im Leben junger Menschen politisch aufzugreifen (Coleman 2007). Was immer der Grund sein mag, junge Leute sind nicht mehr besonders interessiert, zur Wahl zu gehen. Nach einer Untersuchung in 22 europäischen Ländern lag die Wahlbeteiligung von Bürgern unter 25 bei 51 % im Gegensatz zu 70 % bei der restlichen Wählerschaft (Fieldhouse, Tranmer und Russell 2007: 806). Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass immer mehr junge Menschen sich enttäuscht von der herkömmlichen repräsentativen Demokratie abwenden, wobei auch sonst das allgemeine Interesse an Wahlen unter den Europäern abgenommen hat.

Zusätzlich lässt sich sagen, dass die Jugend keine homogene Gruppe bildet. Eine interessante Untersuchung von Bhatti, Hansen und Wass (2012) zeigt, dass die Wahlbeteiligung unter den Achtzehnjährigen höher liegt als unter den Neunzehn- bis Einundzwanzigjährigen. Die Verfasser schließen daraus, dass es sinnvoll sein könnte, das Wahlalter zu senken, vor allem, wenn im Schulwesen ein für die Wahlbeteiligung günstiges Klima geschaffen würde.

Nach einer 2009 durchgeführten ICCS-Untersuchung von weltweit 38 Ländern liegt das Wahlalter in den meisten Ländern bei 18, außer bei 20 im chinesischen Taipeh, bei 17 in Indonesien und Korea und bei 16 in Österreich. Slowenien kennt eine ungewöhnliche Praxis. Dort liegt das Wahlalter zwar bei 18, aber wer in einem bezahlten Arbeitsverhältnis steht, darf schon mit 16 wählen (Schulz et al. 2010: 39). 2011 beteiligten sich 20 Städte in Norwegen an einem Modellversuch, bei dem das Wahlalter für die Kommunalwahl auf 16 gesenkt wurde. Die Städte veranstalteten Werbefeldzüge und ergriffen allerlei Maßnahmen, um diese Wählergruppe zu erreichen. Die Ergebnisse werden derzeit noch ausgewertet (Aars 2012, Norwegisches Ministerium für kommunale Selbstverwaltung und regionale Entwicklung 2011).

Ferner ist bekannt, dass auch in einigen anderen Fällen alle Jugendlichen ab 16 wählen dürfen: so in einigen Städten (z. B. in Wien in Österreich), bei Parlamentswahlen (in Österreich) und Landtagswahlen (in einigen deutschen Ländern) sowie bei Pfarrgemeindewahlen (in allen finnischen Pfarreien).

Direkte Demokratie

Zahlreiche Alternativen zu den bestehenden Formen repräsentativer Demokratie stehen zur Wahl. Direkte Demokratie kann z. B. in Maßnahmen bestehen, welche die Bürger selbst entscheiden oder bezüglich derer sie politische Vorschläge machen und zur Wahl stellen. Nach Butkovic kann Demokratie als Regierung durch das Volk erstarken, wenn die Bürger unabhängig wählen können, Dinge selber zu entscheiden. Innerhalb der Europäischen Union ist die Situation in den Mitgliedsstaaten recht unterschiedlich, was das Recht der Bürger zur Teilnahme an demokratischen Entscheidungen anlangt (Butkovic 2010: 34-37). Nach Kaufmann et. al. wurden Formen direkter Demokratie in der Schweiz schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts eingeführt und seither weiter entwickelt. Direkte Demokratie bedeutet Volksabstimmung entweder, weil eine Gruppe von Wählern dies verlangt, oder weil dies in der Verfassung vorgesehen ist. Die Regierung kann allerdings nicht Volksabstimmungen zu grundlegenden Fragen anordnen: Die direkte Demokratie setzt die Existenz und die Anwendung von Verfahren zur Teilung politischer Macht voraus, die den Bürgern an die Hand gegeben sind und ihren Interessen dienen. Nicht alle Volksabstimmungsverfahren sind unmittelbar demokratisch. Ein Plebiszit hat ganz andere Auswirkungen als ein echtes Referendum. Die direkte Demokratie überträgt Gewalt auf die Bürger; Plebiszite sind hingegen Instrumente der Machtausübung durch jene, welche die Macht besitzen. So manche Missverständnisse und Verwirrung hätten sich vermeiden lassen, wenn man Verfahren direkter Demokratie und plebiszitärer Art klar voneinander unterschieden und sogar mit gesonderten Bezeichnungen benannt hätte (Kaufmann et al. 2010: 7-9).

Vom Standpunkt der direkten Demokratie aus gesehen sind Initiativen auf kommunaler Ebene in Finnland „Initiativen zur Tagesordnung“, die es den Bürgern erlauben, Vorschläge zu machen, die von den Organen der Rechtssetzung zu prüfen sind. Anders als „Volksinitiativen“ haben Initiativen zur Tagesordnung jedoch eine Abstimmung (Referendum) zur Folge und sind deshalb nicht ein Instrument direkter Demokratie, sondern ein Mittel auf Mitsprache gegründeter Demokratie.

Wichtig ist jedoch festzuhalten, dass direkte Demokratie zwar eine ergänzende Maßnahme zur Stärkung der demokratischen Kultur darstellt, aber Kinder und Jugendliche, die noch nicht das Wahlalter erreicht haben, ausschließt. Um der Jugend bessere direkte Mitsprachewege zu eröffnen, bedarf es deshalb unterschiedlicher Verfahren. Jedem Jugendlichen in der Schule, im Wohnviertel oder in der Gemeinde die Möglichkeit zu bieten, angehört zu werden, wäre ein Beispiel, wie das Ideal direkter Demokratie praktisch verwirklicht werden könnte, um die Teilnahme der Jugend am kommunalen Leben zu fördern (Feldmann-Wojtachnia et al. 2020: 18). Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang, die Möglichkeit des Einzelnen zu betonen, sich individuell an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Besonders wichtig ist das in Ländern, wo Verfahren zur Mitsprache der Jugend von der Gruppe

ausgehen, etwa im Fall von Jugendbeiräten oder Schulbeiräten, und wo Verfahren zur individuellen Mitsprache unterentwickelt oder unbekannt sind.

Auf Mitsprache gegründete Demokratie

Verfechter auf Mitsprache gegründeter Demokratie sagen, dass repräsentative oder direkte Demokratie nicht reicht. Sie sind statt dessen der Ansicht, dass verschiedene üblicherweise als unpolitisch geltende Bereiche wie die Schule, der Arbeitsplatz oder die Jugendverbände Gelegenheit zu demokratischen Entscheidungen bieten. Wer in dieser Umgebung mitzureden gelernt hat, ist nachher als Bürger besser gerüstet, auf sein Umfeld einzuwirken. Praktische Beispiele demokratischer Mitsprache sind etwa Demokratie am Arbeitsplatz oder Mitsprache bei der Haushaltsaufstellung (Dryzek und Dunleavy 2009: 212-213). Nach Morrow gehen die Theorien demokratischer Mitsprache davon aus, dass Entscheidungen besser sind, wenn sie den Interessen der am Entscheidungsprozess Beteiligten entsprechen. Sie können ferner darauf verweisen, dass demokratische Mitsprache dazu beiträgt, den Bürgern das Gefühl zu geben, auf öffentliche politische Entscheidungen einwirken zu können. Das Idealbild des Bürgers beschreibt diesen als aktiv Beteiligten, nicht jedoch die Stellung des Bürgers in seiner formellen Beziehung zum politischen System (Morrow 2005: 381).

Auf Mitsprache gegründete Demokratie empfiehlt sich für Kinder und Jugendliche, weil es dabei keine automatische Altersbegrenzung gibt. Wenn sie mitreden dürfen, fühlen Kinder und Jugendliche sich als einflussreich im eigenen Leben und als Bürger in ihrer Gemeinde. Das kann dazu führen, dass das Machtverhältnis zwischen der Jugend und den Erwachsenen sich ändert (John 2003: 208-209). Nach Hart können Jugendliche, die mitreden dürfen, neue Fähigkeiten erlernen, Selbstvertrauen erwerben, Netze aufbauen und bestenfalls auch lernen, mehr von Gleich zu Gleich mit Erwachsenen umzugehen. Zusätzlich zur persönlichen Ebene kann sich auch die institutionelle Ebene wandeln, wenn verschiedene Einrichtungen lernen, besser auf die Bedürfnisse, Erwartungen und Ideen der Jugendlichen einzugehen (Hart 2008).

Es gibt viele Mittel, die Jugend zur Mitsprache zu bewegen. In der Tat sollten die meisten strukturellen Beteiligungsverfahren als auf Mitsprache gegründet betrachtet werden. Jugendbeiräte zum Beispiel sind keine Gremien repräsentativer Demokratie, weil sie keine Befugnis haben, unabhängig über Jugendpolitik zu entscheiden. Statt dessen können sie aber durch ihre Stellungnahmen oder Klarstellung der Haltung der Jugend zur Entscheidungsfindung beitragen. Das wirkliche Problem hinter dem Erfolg von Mitspracheverfahren ist die Verteilung der Befugnisse. Wenn die Machtbefugnisse nicht neu verteilt werden und die Jugend sich den Entscheidungen und den von der Welt der Erwachsenen angeregten Strukturen fügen muss, dann können Mitspracheverfahren in der Praxis zu einem Gefühl der Ohnmacht führen (Farthing 2012: 83). Laut Mary John (2003: 209) ist „Teilnahme ohne Einfluss reine Augenwischerei“. Dieser Gesichtspunkt kommt in der Äußerung eines jungen Finnen klar zum Ausdruck:

„Meiner Meinung nach ist es sinnlos, Jugendbeiräte, Zukunftsforen, Anhörungen, Einführungsrunden oder sonst etwas zu organisieren, das den Eindruck vermitteln soll, man höre auf die Jugend, sofern man nicht bereit ist, den Jugendlichen auch Machtbefugnisse und Verantwortung zu übertragen. Natürlich ist es

schön, wenn man Außenstehenden sagen kann, dass wir hier in dieser Stadt auf die Jugendlichen hören, aber dazu bräuchte es wohl überlegte Ansichten darüber, welche echten Einflussmöglichkeiten Jugendliche haben“ (Huhtala und Tontti 2005: 43).

Auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende Demokratie

Die Idee einer auf sachlicher Erwägung beruhenden Demokratie betont, dass die Demokratie etwas mit Kommunikation zu tun hat, dass man gute Gründe für seinen Standpunkt anführt und über das Vorbringen anderer nachdenkt (Dryzek und Dunleavy 2009: 215). Man geht also davon aus, dass sich Demokratie nicht nur in Wahlen, Mitbestimmung oder direkten Willensäußerungen erschöpft, sondern dass es grundsätzlich darum geht, in einen Dialog einzutreten und zu versuchen, zu übereinstimmender Beurteilung gemeinsamer Probleme zu gelangen. Nach mehreren Autoren beruht das Ideal sachlicher Auseinandersetzung auf dem Gedanken kommunikativer Rationalität, welche Versuche zu tricksen, listig die Marschroute vorzugeben oder die Menschen hinter derselben Meinung zu manipulieren, überwinden kann (Honneth 2009: 169; Habermas 1981). Bei sachlicher Überlegung kann man sich nicht auf Experten oder Machtpositionen verlassen, sondern nur auf die Macht der besten Argumente. Öffentliche Argumentation und Überlegung unter gleichberechtigten Bürgern stellen sicher, dass öffentliche Probleme gelöst werden können.

Nach Cohen setzt auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende demokratische Politik dreierlei voraus:

Als Erstes bedarf es öffentlicher Erwägung, was gut ist für die Allgemeinheit. Vermutlich gibt es alternative Konzepte, was man unter „gut für die Allgemeinheit“ zu verstehen habe, weshalb die Bürger ein erweitertes Blickfeld brauchen als nur den Blick auf eng gefasste, auf die eigenen Interessen abstellende Konzepte. Zweitens muss die Gleichstellung der Bürger offensichtlich sein. Was politisch angemessen ist, darf nicht von der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung abhängen. Drittens muss Politik so gestaltet sein, dass sie die Grundlage für Selbstachtung bildet und ein Gefühl politischer Kompetenz erzeugt. Politik sollte die Identität der Bürger prägen (Cohen 1998: 143-144). Diese drei Voraussetzungen unterstreichen auch, wie wichtig es ist, die Jugend ernst zu nehmen, ihre Vorstellungen zu respektieren und sie als gleichberechtigte Partner im Dialog zu akzeptieren.

Man ist dabei, Modelle zu entwickeln, um sachliche Überlegungen bei der Jugend zu fördern. Auch wenn junge Menschen anscheinend nicht an förmlichen parteipolitischen Verfahren interessiert sind, so möchten viele doch gern von Politikern gehört und innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen in deren Überlegungen einbezogen werden (Harris, Wyn und Younes 2010). Einer der Verfasser dieses Artikels war aktiv beteiligt an der Entwicklung einer Methode mit der Bezeichnung „auf sachlicher Auseinandersetzung beruhender Diskussionstag“, wobei junge Leute und städtische Beamte sich treffen können.

Solche Diskussionstage wurden seit 2008 in mehr als 60 finnischen Städten organisiert. Dabei wurde versucht, eine Diskussion auf der Basis sachlicher Überlegungen zwischen Jugendlichen und kommunalen Entscheidungsträgern anzustoßen.

Dies zielt auf die Entwicklung kommunaler Dienstleistungen vom Standpunkt von Heranwachsenden aus betrachtet, die verschiedene Gremien wie etwa Jugend- und Schülerbeiräte, Jugendklubbesucher und von gezielter Jugendarbeit betroffene Jugendlichen vertreten. Das beginnt mit Gruppenarbeit, bei der die Jugendlichen sich miteinander und den verschiedenen Ansichten der anderen bekannt machen. Gleichzeitig festigen sich ihre eigenen Ansichten über den Zustand kommunaler Dienste. Die Diskussion konzentriert sich hauptsächlich auf die Fragen, Ansprüche, Streitpunkte oder Vorschläge der Jugendlichen gegenüber den Erwachsenen. Dies stellt sicher, dass die Diskussion sich auf Themen erstreckt, die den Jugendlichen wichtig sind. In verschiedenen Städten wurde festgestellt, dass es dabei zu sachlichen Erwägungen kam: Die Diskussion war nicht „leeres Gerede“ oder „bloßes Reden“. Diskussionstage können mithin die Meinungen der Teilnehmer beeinflussen (vgl. Pekonen 2011: 8, 35, 69). Es scheint, dass die Entscheidungsträger angefangen haben, stärker auf die Fähigkeit der Jugend, in kommunalen Angelegenheiten aktiv zu werden, zu vertrauen. In etlichen Städten wurden Überlegungen angestellt, die Jugend schon zu einem früheren Zeitpunkt der Planung und Entscheidungsfindung anzuhören. Altersbezogene Diskussionstage können auch anderen besonderen Gruppen dienen. Kinder und Senioren beteiligten sich dabei zum Beispiel mit sachlichen Überlegungen (Gretschel und Laine und Junttila-Vitikka 2013).

Die Überlegungen bei den Diskussionstagen gehen vom Wissen und den eigenen Erfahrungen der Jugend aus. Es wurden Bürgerjury-Verfahren organisiert, um die Meinungen und Ansichten der Jugendlichen zu komplizierten Fragen zu erkunden. Die Teilnehmer solcher Jurys dürfen die von geladenen Experten vorgebrachten Unterlagen zu den anstehenden Themen prüfen. In Wales etwa prüften vierzehn Jugendliche zwischen 16 und 19 die Grundsätze von Designer-Babytechnologie (Iredale et al. 2006). Bei der ersten finnischen Jugendjury war das Thema „Mitmachen in der Schulgemeinschaft“ (Universität Vaasa 2010; Raisio und Ollila 2011).

„Gegendemokratie“

Demokratische Mitsprache wird meist als Beteiligung am demokratischen Prozess gesehen. Die Idee, dass Jugendbeteiligung für die Jugendlichen automatisch eine positive Erfahrung darstellt, stieß auf heftige Kritik. Laut Farthing besagt die Kritik, dass Beteiligung nicht die Machtverhältnisse ändert, weil es die Erwachsenen sind, welche die Mitsprache organisieren, und die Jugendlichen die vorgegebenen Rollen, Strukturen und Gesprächsform akzeptieren müssen. Beteiligung verstärkt also die tatsächlichen Machtverhältnisse, die sie eigentlich ändern sollte (Farthing 2012). Dies hat dazu geführt, dass einige Theoretiker wie Slavoj Žižek (2008: 474) behaupten, dass „unser Nichtstun, unsere Teilnahmeverweigerung der Machtstruktur einen Schlag versetzen kann, sie radikal ihrer Legitimität beraubt, sie am normalen Funktionieren hindert“. Diese Beobachtungen weisen darauf hin, dass es gute Gründe gibt zu prüfen, welche Art Jugendpolitik es außerhalb der Reichweite repräsentativer, direkter, auf sachliche Überlegung oder Mitsprache gegründeter Demokratie gibt. Farthing vertritt die Ansicht, dass die Politikverdrossenheit von Jugendlichen als aktive Ablehnung der althergebrachten Wege zu sehen sei, da sie nicht in der Lage seien, den Herausforderungen des Umweltschutzes und der Globalisierung zu begegnen.

Er meint, dass das Misstrauen gegenüber einem politischen System eine Möglichkeit darstelle, neue Formen praktischen Engagements zu finden (Farthing 2010).

Der französische Wissenschaftler Pierre Rosanvallon sieht eine neue demokratische Kultur am Horizont erscheinen. Er spricht von „Gegendemokratie“, obwohl dieser Begriff keineswegs Ablehnung der Demokratie bedeutet. Im Gegenteil, „Gegendemokratie“ ist nach wie vor gelebte Demokratie, wobei der Bürger, der das Verhalten der gewählten Vertreter und Autoritäten kontrolliert, an die Stelle des Bürgers, der seiner Wahlpflicht nachkommt, tritt. Der Grundgedanke ist, das Funktionieren demokratischer Prozesse sicherzustellen, allerdings nicht durch Teilnahme daran, sondern durch Überwachung, Kontrolle oder Beurteilung der anstehenden Angelegenheiten. Nach Rosanvallon kann „Gegendemokratie“ als ein Aspekt gelebter Demokratie, der die repräsentativen und auf sachlicher Auseinandersetzung beruhenden Verfahren ergänzt, gesehen werden (Rosanvallon 2008). Indem wir den Ausdruck „Gegendemokratie“ verwenden, wollen wir unterstreichen, dass man sehr wohl durch Verweigerung direkter Teilnahme am Prozess einen Beitrag zur Demokratie leisten kann. Vermutlich geht es nicht nur darum, das Getriebe der Regierungsgeschäfte zu ölen, sondern manchmal auch darum, etwas Sand ins Getriebe zu streuen.

Methoden der „Gegendemokratie“ wie Demonstrationen, im Internet verbreitete Botschaften und sonstige legale oder illegale Aktionen in den gesellschaftlichen Medien werden ebenfalls häufig von Jugendlichen genutzt. Jugendbeiräte und studentische Gremien nehmen z. B. ihre Zuflucht zu Demonstrationen und sogenannten Walkouts, d. h. sie verlassen den Saal oder das Gebäude, um Situationen zu begegnen, bei denen die von ihnen vorgebrachten Anliegen bei den Verantwortlichen kein Gehör fanden. Dies zeigt, dass die Jugend auf unterschiedliche Methoden politischen Handelns zurückgreifen kann, wenn man nicht auf ihre wiederholt vorgetragenen Forderungen und Bedürfnisse eingeht.

Anscheinend hängt „Gegendemokratie“ irgendwie von der Kultur und dem politischen System ab. Die finnische Soziologin Eeva Luhtakallio führte eine vergleichende Untersuchung über Finnland und Frankreich durch. Sie kommt zum Ergebnis, dass finnische Aktivisten sich als Bürger betrachten und ihre Rolle als solche wahrnehmen. In Frankreich dagegen wird Aktionismus als politisches Handeln und als Dasein in der Welt betrachtet, nicht so sehr als Akzeptanz des politischen Systems (Luhtakallio 2010: 213-216). Eine drängende Frage hinter aller Mitsprache lautet, in wieweit sie in der Lage ist, den unvermeidlichen Pluralismus und Widerstandsgeist in der Politik zu überwinden (Mouffe 2005). Rein technische Anhörungen dienen dazu, Meinungen zu einer vorgelegten Tagesordnung zu hören; Mitsprache heißt aber auch, dass man möglicherweise nicht einverstanden ist, Dinge in Frage stellt, grundsätzlich dagegen ist oder den Prozess kontrolliert.

Wege zur Förderung von Mitsprache

Im ersten Kapitel untersuchten wir das zwiespältige Wesen demokratischer Kultur und zeigten anhand der Untersuchung verschiedener Demokratiekonzepte, dass demokratisches Verhalten Verschiedenes bedeuten kann: zur Wahl gehen, seinen Willen

äußern, sich auf kommunaler Ebene einbringen, mit anderen gemeinsame Anliegen besprechen oder sich gegen etwas zur Wehr setzen. Alle diese verschiedenen Aspekte unterstreichen die Notwendigkeit, die Vielfalt von Demokratie anzuerkennen. Das zweite Kapitel befasste sich mit internationalen und lokalen Mitteln zur Förderung und Untersuchung von Mitsprache. Will man das Ausmaß von Mitsprache messen, stellt man als Erstes fest, dass die reiche Vielfalt kultureller Alltagsteilnahme an der Demokratie nicht gewürdigt wird. Ein Blick auf die internationale Untersuchung zur staatsbürgerlichen Erziehung (International Civic and Citizenship Education Study, ICCS) zeigt dies beispielhaft. Als Zweites zeigt sich, dass Fragebögen benutzt werden, um die Entscheidungsfindung durch Informationen zu untermauern, z. B. im Rahmen des „Strukturierten Dialogs während eines Vorsitzes in der EU“, doch sagen solche Fragebögen nichts über Jugendliche in gesellschaftlichen Randgruppen aus. Dies zeigt, dass man zur Förderung sachlicher Auseinandersetzung sicherstellen muss, dass alle Betroffenen sich äußern können. Als Drittes wird die kommunale Stadtplanung von Skateboard-Übungsflächen als Beispiel angeführt, um die vielseitigen Aspekte von Beteiligungsverfahren aufzuzeigen. Aufgrund dieser Untersuchung wird festgestellt, dass ein wachsendes Bedürfnis besteht, verschiedene Formen gelebter Demokratie anzuerkennen und vielseitige Beteiligungsverfahren zu schaffen, die auf qualitativ guter Förderung und wissenschaftlichen Methoden beruhen und sowohl Gruppen als auch Einzelpersonen einbeziehen.

Außerachtlassung der reichen Vielfalt von Alltagsbeteiligung

Die internationale Studie zur staatsbürgerlichen Erziehung (International Civic and Citizenship Education Study, ICCS) untersuchte, wie die Länder ihre Jugendlichen auf ihre Rolle als Staatsbürger vorbereiten (Schulz et al. 2010: 15). Ziel der ICCS-Studie war es festzustellen, was die Schüler in einem Test leisten, bei dem es um Konzeptkenntnisse und Verständnis im Rahmen der staatsbürgerlichen Erziehung ging. Die Studie maß auch Einstellungen zur politischen Mitsprache und die entsprechenden Absichten der Jugendlichen. Die ICCS-Studie brachte einen Überblick, gestützt auf die Angaben von über 140 000 etwa vierzehnjährigen Schülern der 8. (oder einer vergleichbaren) Klasse in über 5 300 Schulen in 38 Ländern. Einbezogen wurden auch Berichte der Schulleiter oder Lehrer dieser Schulen. Die ICCS-Studie zeigt die Unterschiede unter den Ländern in Bezug auf die große Bandbreite verschiedener staatsbürgerlicher Lernziele, Aktionen und Dispositionen. Sie zeigt auch Unterschiede, was das Verhältnis zwischen dem Ergebnis staatsbürgerlicher Erziehung und den Merkmalen der Länder, Gemeinschaften, Schulen, Schulklassen und Aspekten des persönlichen und gesellschaftlichen Hintergrunds der Schüler anbetrifft (Schulz et al. 2008; Schulz et al. 2010).

Weiter oben in diesem Text wurde die große Bandbreite des Begriffs Demokratie mit Hilfe von fünf verschiedenen Rahmenbedingungen zum Verständnis der Demokratie geschildert. Nunmehr möchten wir aufzeigen, wie das Verständnis verschiedener Demokratieformen die Notwendigkeit bedingt, die sich aus der ICCS-Studie ergebenden Fragen näher zu untersuchen. Wie oben ausgeführt besteht einer der Grundgedanken demokratischer Mitsprache darin, in einem offensichtlich unpolitischen Umfeld wie z. B. der Schule, dem Arbeitsplatz usw.

Interesse für Politik zu wecken. Die ICCS-Studie schloss folgende wissenschaftliche Fragestellung ein: „Welche Aspekte des Schul- und Bildungswesens beeinflussen die Leistungen und Einstellungen zur staatsbürgerlichen Erziehung und staatsbürgerlichen Verantwortung?“ (Schulz et al. 2008: 10). Zur Beantwortung dieser Frage stützte man sich auf verschiedene Gruppen von Themen. Die Schüler wurden z. B. gebeten anzugeben, in welchem Ausmaß ihre Ansichten bei Entscheidungen über die Unterrichtsmethoden in der Klasse, den Lehrstoff, das Unterrichts- und Lernmaterial, den Stundenplan und die Klassen- oder Schulordnung berücksichtigt wurden: „weitgehend“, „mäßig“, „geringfügig“ oder „überhaupt nicht“ (Schulz et al. 2010: 164). Vom Standpunkt eines weit gefassten Demokratiebegriffs ist es sogar noch wichtiger zu untersuchen, wie man junge Menschen dazu bringen kann, auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen, als nur, ob sie auf aktuelle Fragen einwirken können oder nicht.

Junge Menschen müssen die Möglichkeit haben, unter Einsatz verschiedener politischer Mittel in schulischen Angelegenheiten gehört zu werden, wobei man sich in einem bestimmten Zeitraum nur eines bestimmten Mittels oder aber gleichzeitig verschiedener Mittel bedienen kann. Die ICCS-Studie befasst sich hauptsächlich mit repräsentativen Formen der Mitsprache wie z. B. Wahlen zum Klassensprecher oder zum Schulparlament oder Kandidatur als Klassensprecher oder Vertreter im Schulparlament. Unserer Meinung nach klammerte die ICCS-Studie individuelle Mitsprachemöglichkeiten für alle Schüler aus, z. B. Initiativen vorzuschlagen oder an Untersuchungen, Abstimmungen und gemeinsamen Planungen der Klasse, der Schule oder der Gemeinde teilzunehmen. Selbst auf Gruppenebene ist nicht von Klassentreffen auf der unteren Ebene die Rede.

Hinsichtlich sonstiger Demokratieformen hätte man auch auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende Demokratieformen wie Jugendjurs und Diskussionstage als Alternative erwähnen können. Als umfassende Form gesellschaftlicher Mitsprache bietet die ICCS-Studie die „Teilnahme an gewaltlosen Protesten gegen als ungerecht empfundene Gesetze“ an (Schulz et al. 2010: 95). Soweit uns bekannt, ist massives Verlassen des Saals oder Gebäudes (sog. Walkout) ein Mittel der „Gegendemokratie“, dessen sich Schüler bedienen um zu versuchen, schulbezogene Entscheidungen zu beeinflussen.

Bei der repräsentativen Demokratie lohnt es sich, Schulleiter zu fragen, ob die Schüler in kommunalen Gremien vertreten sind, die sich mit Schulfragen befassen. Im Rahmen der direkten Demokratie kämen Volksabstimmungen zu schulischen Fragen in Betracht, abhängig vom Alter der Schüler und vom Wahlalter im jeweiligen Land. Indem man den Demokratiebegriff ausweitet und derzeit fehlende Formen politischer Mitbestimmung einbezieht, kann man auf die Entwicklung echter vielfältiger Mitsprachemöglichkeiten für junge Leute als solche hoffen. Zur Zeit interessiert man sich etwas mehr für die Frage, wie aktiv junge Leute sich beteiligen, vor allem zur Wahl gehen, sobald sie erwachsen sind. Die Autoren der internationalen ICCS-Studie geben auch zu, dass ihr Bezugsrahmen weitere Untersuchungen erfordert (Schulz et al. 2010: 257). Allerdings muss man bedenken, dass „die konkreten sowie abstrakten Konzepte von der Art sind, dass sie in jeder Gesellschaft gelten, da die ICCS-Studie eine internationale Untersuchung ist“ (Schulz et al. 2008:27). Man muss

jedoch anfügen, dass eine derartige Auswertung gleichzeitig Informationen liefert, die zeigen, wie Demokratie sich weiterentwickeln könnte.

Die Schwierigkeit, alle Jugendlichen zu erreichen

Ein Fragebogen war für die ICCS-Studie eine gute Methode, Angaben zu erhalten, da eine große Zahl von Schülern verschiedener Art den Fragebogen an ihrer Schule beantwortete. Anders liegen die Dinge aber, wenn ein Fragebogen allgemein Informationen erheben soll wie z. B. bei „Nationalen Befragungsrounden im Rahmen des Zyklus des strukturierten Dialogs während des EU-Vorsitzes verschiedener Länder“. Strukturierter Dialog kann als Ausdruck sachlicher Auseinandersetzung in der Demokratie gesehen werden. Nach Jürgen Habermas hängt der Erfolg sachlicher Auseinandersetzung von der Qualität des Verfahrens und den Kommunikationsbedingungen ab. Auch bedarf es eines Zusammenspiels zwischen institutionalisierten Verfahren und informeller öffentlicher Meinung (Habermas 1996: 298).

Gemäß der Ratsentschließung (2011/C 164/01) der EU zielt der strukturierte Dialog darauf ab, eine Vielzahl von Jugendlichen und Jugendorganisationen in die Konsultation auf allen Ebenen einzubeziehen. Die Ergebnisse der nationalen Konsultationen münden in Länderberichte, die vom Europäischen Lenkungsausschuss durchgesehen, zusammengestellt und den EU-Jugendkonferenzen zugeleitet werden. Die Entschließung besagt auch, dass die in der Europäischen Union lebenden Jugendlichen, bedingt durch die Art dieses Verfahrens, Gelegenheit bekommen, im Rahmen der Konsultationsrunde auch ihre Ansichten und Ideen darüber zu äußern, was ein gemeinsames Schwerpunktthema werden könnte. Laut der Entschließung soll versucht werden, in diesen Prozess auch Jugendliche einzubinden, die sonst nicht zu Wort kommen (vgl. Ratsentschließung 2011/C 164/01). Auch die Europäische Kommission wünscht, „besondere Berücksichtigung von Jugendlichen, die sonst wenig Gelegenheit haben, sich zu äußern. Sie müssen unbedingt Teil des Dialogs sein, zugleich aber auch extra angesprochen werden, wobei besonders auf ihre Probleme und Sorgen eingegangen werden sollte“ (Europäische Kommission, 29.4.2008).

Für die Zeit vom 1. Januar 2010 bis zum 30. Juni 2011 einigte sich der Rat auf Arbeitsbeschaffung für Jugendliche als thematischen Schwerpunkt des strukturierten Dialogs. Im „Kompendium der ersten strukturierten Dialogrunde“ (2011, 15) heißt es: „Als Teil des Dialogprozesses wurden Online-Konsultationen und Debatten mit Tausenden von jungen Leuten in ganz Europa organisiert“. Im Kompendium wird gesagt, dass die nationalen Konsultationen im Verein mit den Ergebnissen der EU-Jugendkonferenzen und den dabei geführten Diskussionen „die Schlussfolgerungen des Rates zugunsten der Förderung von Arbeitsbeschaffung für Jugendliche im Hinblick auf die für 2020 ins Auge gefassten Ziele beeinflusst haben“ (siehe Rat der Europäischen Union, 17.6.2012). Da unbekannt ist, welche Jugendliche auf nationaler Ebene konsultiert wurden, ist zu vermuten, dass ein solches System nur die aktivsten Jugendlichen zu Antworten bewegt, obwohl doch zur wirksamen politischen Planung Angaben über die Probleme und Erfahrungen von jungen Leuten mit ganz unterschiedlichem Hintergrund auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden. Dies war auch der Fall bei der Planung der finnischen Version des

„Jugendgarantiemodells“¹. Bei der Planung der Methoden des Modells entschied man sich für die Verwendung eines offenen Online-Fragebogens (N = über 6 300), um die Ansichten von Jugendlichen zu erfassen, die man nicht über Schulen, Ausbildungsstätten, Arbeitsplatz und Wiedereingliederungszentren erreichen konnte. Ungleichheiten traten z. B. bei der Planung der finnischen „Jugendgarantie“ zu Tage, als der Nationale Jugendrat eingetragene Jugendverbände bat, ihre Mitglieder aufzufordern, Online-Fragebögen auszufüllen (um auch wirklich die Meinung aller Jugendlichen zu erfassen). Jugendliche, die nirgends Mitglied waren, wurden folglich von niemandem befragt.

Der strukturierte Dialog als erster Versuch, auf sachliche Auseinandersetzung gegründete Demokratie zu fördern, zeigt, dass der Erfolg solcher Auseinandersetzung (bei der alle einschlägigen Argumente und Gesichtspunkte erörtert werden) wenigstens zum Teil davon abhängt, wie gut man an die verschiedenen Gruppen von Jugendlichen herankommt. Das unterstreicht wiederum, dass es verschiedene Beteiligungsverfahren bräuchte, um die Voraussetzungen für eine Mitarbeit zu schaffen. Wir meinen, dass demokratisches Vorgehen in solchen Fällen mehr qualitative und intensive wissenschaftliche Methoden bedingt, Kontakte sowohl zu bestimmten Gruppen als auch zu Einzelpersonen, um auch junge Leute zu erreichen, die nicht von vielen sozialen Diensten erfasst werden.

Politik im Alltag: Planung von Skateboard-Flächen

Als letztes Beispiel beziehen wir uns auf das Verfahren zur Festlegung von Übungsflächen für Skateboard-Fahrer um zu zeigen, wie junge Leute durchaus in der Lage sind, sich im unmittelbaren Umfeld vor Ort zu engagieren. Unsere Idee ist es, hiermit ein gutes Beispiel demokratischer Mitarbeit vorzustellen, bei dem die Jugend einbezogen wurde, als es darum ging, einen Übungsplatz für Skateboard-Fahrer, Rollschuhfahrer und Rollerfahrer (kick scooters) zu schaffen. Dieses Musterbeispiel beruht auf den Erfahrungen von Skateboard- und Rollschuhfahrern sowie städtischen Beamten in zehn finnischen Städten (Gretschel, Koskinen und Junntila-Vitikka 2012). Dieses Beispiel hat natürlich seine Grenzen, weil die Skateboard-Kultur in der Regel auf das städtische Milieu beschränkt ist und mehr Jungen als Mädchen anzieht. Wenn man aber die örtlichen Verhältnisse wissenschaftlich untersuchen will, muss man spezielle Fälle herausgreifen. Mit dem Beispiel der Skateboard-Fahrer möchten wir die Schwierigkeiten aufzeigen die sich ergeben, wenn man die Mitsprache von Jugendlichen bei bestimmten Problemen sowie örtlich und kulturell sinnvolle Formen von Jugendmitsprache untersucht. Es geht darum zu erforschen, wie Mitspracheverfahren, Verfahren direkter Demokratie und „Gegendemokratie“-Verfahren bei kommunaler Entscheidungsfindung kombiniert werden können. Diese sogenannte Alltagspolitik beweist, dass Jugendmitsprache sich anstatt auf

1. Das Jugendgarantiemodell ist eines der Spitzenprogramme der finnischen Regierung. Dieses Programm will allen jungen Menschen unter 25 und allen unter 30, die arbeitslos geworden sind, binnen dreier Monate nach Verlust ihrer Arbeit einen Arbeitsplatz, eine Ausbildung, ein Studium, einen Werkstattplatz oder ein Wiedereingliederungsprogramm bieten (Arbeits- und Wirtschaftsministerium; Finanzministerium 2011: 20-21).

strukturierte und langfristig angelegte Mitspracheverfahren auf Netze gründet und sich ad hoc, also von Fall zu Fall, ergeben kann (Vromen und Collin 2010).

Die Planung von Übungsflächen für Skateboard-Fahrer zeigte große Unterschiede hinsichtlich der Art und Weise, wie die Kommunalverwaltung mit den Bedürfnissen der Skateboard-Fahrer umging. Dies ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Verwaltung zur Schaffung von Mitspracheverfahren beitragen kann. In der einen Stadt half der städtische Sportreferent dem Skateboard-Fahrer-Verein, eine geeignete Halle zu finden. In einer anderen Stadt tat der Sportreferent das Gegenteil: Er schwärzte die Skateboard-Fahrer als potentielle Vandalen an, obwohl sie doch als Mieter in Frage gekommen wären. Letztendlich fanden sich in beiden Städten Übungsflächen. Im letzteren Fall erklärte ein Skateboard-Fahrer auf Befragen, er habe sich gedacht: „In dieses Amtszimmer setze ich keinen Fuß mehr!“ Die Art, wie das Anliegen der Skateboard-Fahrer im zweiten Fall behandelt wurde, warf einen Schatten auf die Idealvorstellung von guter Verwaltung (vgl. z. B. die Europäische Handreichung für gute Verwaltung = European Code of Good Administrative Behaviour 2005). Dieses Verhalten der Verwaltung durchkreuzte die Bemühungen, Jugendliche zur Mitsprache zu bewegen, weil eine Gruppe aktiver Jugendlicher keine Unterstützung für ihr Vorhaben fand. Dies zeigt, dass es einer Änderung der Einstellung und der Arbeitskultur bedarf, wenn man verschiedene Formen von Mitsprache ausprobieren will.

Demokratische Kultur erfordert stabile Strukturen, die aber auch flexibel genug sein sollten, um auf auftauchende neue Formen von Jugendkultur reagieren zu können. Vor allem dürfen Formen der Demokratie, die auf Mitsprache und sachlicher Auseinandersetzung beruhen, gewisse Gruppen nicht ausschließen. Diesbezüglich versagte der demokratische Verfahrensaspekt. Wer Skateboard fährt, sollte die gleichen Rechte haben wie jemand, der andere Hobbys betreibt. Zumindest sollte die Kommunalverwaltung ihnen helfen, wenn sie sich schon nicht selbst darum kümmern will, Übungsplätze zu finden oder bestehende Übungsflächen herzurichten. Es handelt sich nicht nur darum, bei Planung und Entscheidung demokratisch vorzugehen, sondern auch darum, denen, die neu hinzukommen oder sich möglicherweise fürs Skateboard-Fahren interessieren, den Zugang zu solchen Übungsflächen zu erleichtern, indem man sie schon gleich bei der Planung einbezieht. Weiter erscheint es nötig, beim Planen geschlechtsspezifische Bedürfnisse zu berücksichtigen. Aus Gesprächen ergab sich, dass man es besonders auch Mädchen, die Skateboard fahren wollen, leichter machen muss, vor allem, wenn sie erst neu dazukommen wollen.

Nach Informationen aus zehn finnischen Städten ist es mittlerweile gang und gäbe, Skateboard-Fahrer bei der Planung von Skateboard-Plätzen einzubeziehen. Man hat dies begriffen, nachdem sich etliche ohne Beteiligung eingerichtete Übungsflächen als unbrauchbar erwiesen hatten. Einige davon waren von gutwilligen Spendern fix und fertig bereitgestellt worden. Obwohl die Zusammenarbeit mit Skateboard-Fahrern inzwischen besser läuft, wird die Idee einer Zusammenarbeit mit erfahrenen Skateboard-Fahrern noch nicht in allen Planungsphasen praktiziert. Als Übungsflächen einmal von Arbeitern asphaltiert wurden, erwies sich die ganze Fläche wegen ein paar kritischer Millimeter als fehlerhaft und unbrauchbar. Dies zeigt, dass erweiterte Mitsprache und auf sachlicher Auseinandersetzung beruhende Formen der Demokratie nicht nur ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl vermitteln, sondern auch dazu beitragen, öffentliche Dienstleistungen durch Berücksichtigung von Alltagserfahrung zu verbessern.

Wenn man die demokratische Mitsprache beim obigen Prozess untersucht, muss man feststellen, dass Skateboard-Sachverständige oft einer älteren Generation angehören, die schon vor Jahren oder Jahrzehnten damit angefangen hatten. In Finnland sind dies oft schon Männer über 30. Sie bilden das Rückgrat eingetragener Skateboard-Vereine in den Städten und auf nationaler Ebene. Die kommunalen Behörden konsultieren sie bei der Planung. Dabei übersehen sie aber oft, dass auch nicht sportbegeisterte Jugendliche auch so manche Erfahrung zum Planungsprozess beitragen können. Sie wissen z. B., wie wichtig es ist, dass solche Sportstätten sozial allen offenstehen. Zwar bedient man sich bei der Planung klar verschiedener, auf Mitsprache und sachliche Auseinandersetzung beruhender Verfahren, doch sind diese meist zu eng umrissen, vor allem, wenn man die Masse in Frage kommender Nutzer nicht erreichen kann. Um es mit Habermas zu sagen, erfordert demokratische Meinungs- und Willensbildung, verschiedene Gruppen einzubeziehen (Habermas 1996: 299). Nur mit den etablierten Vereinen zusammenzuarbeiten, mag zwar für die Verwaltung leichter sein, verwirklicht aber nicht das Ideal auf Mitsprache und sachlicher Auseinandersetzung beruhender Demokratie, bei dem es doch um die Ergänzung reiner Sachverständigenkultur geht.

Ein gutes Angebot an Skateboard-Übungsflächen hängt nicht immer nur von der wirtschaftlichen Situation der Stadt ab. In Finnland erhobene Angaben lassen vermuten, dass die Skateboard-Übungsflächen in etlichen Städten nicht so intensiv unterhalten werden wie andere Sportstätten. Die Stadtverwaltung hat die Aufgabe festzulegen, welche Sportmöglichkeiten vor Ort angeboten werden, welche davon vorrangig ausgebaut werden und welche nicht. Gremien repräsentativer Demokratie haben oft recht herkömmliche Vorstellungen vom Sport. Skateboard-Fahren ist ein Ausdruck sowohl der Jugend- als auch der Sportkultur. In manchen Fällen nimmt weder das Jugend- noch das Sportreferat die Aufgabe ernst, Skateboard-Übungsflächen zu unterhalten. Man muss feststellen, dass sich Städte ziemlich schwer tun, den durch die wachsende Zahl von Skateboard-Fahrern entstehenden Bedarf zu decken. Hinzu kommt, dass Skateboard-Fahrer ihre Künste immer noch weiter steigern. Die Stadtverwaltung braucht jedoch ziemlich viel Zeit zu begreifen, dass sie Übungsflächen verschiedener Schwierigkeitsgrade anbieten muss. Im Gegensatz zu Skipisten quer durchs Land, Ringkampfarenen oder Schwimmbädern, deren Ausmaße in Finnland mehr oder weniger feststehen, ändert sich das Profil von Skateboard-, Snowboard- oder Kunstradfahren ständig. Die kommunalen Behörden sollten mehr auf die Besonderheiten bestimmter Sportarten eingehen. Skateboard-Fahren als Phänomen sowohl der Jugend- als auch der Sportkultur bietet der städtischen Jugend und den Sportreferenten ein reiches Feld zur Zusammenarbeit. Skateboard-Übungsflächen könnten als vielseitige und einzigartige Oasen der Jugend- und Sportkultur dienen. Ganz im Gegensatz dazu bestellen viele Städte in Finnland gebrauchsfertige Sportstätten vom selben Katalog.

Die richtige Antwort auf Vielfalt

Die ersten beiden oben beschriebenen konkreten Fälle (die ICCS-Studie und der strukturierte Dialog) sind Fälle, in denen die Initiative von Erwachsenen ausging und diese die Struktur vorgaben. Das Skateboard-Beispiel zeigt aber, dass es auch Fälle gibt, bei denen die Jugendlichen selbst die Initiative ergreifen. In der Regel

handelt es sich dabei um kurzfristige Projekte zur Lösung bestimmter Probleme. Wie dargelegt wurde, zeigen die Schwierigkeiten, auf die Forderungen der jungen Leute einzugehen, dass die Politik nicht immer bereit oder in der Lage ist, die demokratischen Chancen zu erkennen, die solche Projekte bieten.

Die drei obigen Beispiele unterstreichen mehrere Gesichtspunkte. Zum einen greifen diese Beispiele demokratischer Mitsprache nicht alle im ersten Kapitel beschriebenen Aspekte gelebter Demokratie auf. Zum Zweiten riskiert die Auswahl der demokratischen Verfahren, dass die Zielgruppe zu eng gefasst wird. Eine der anspruchsvollsten Aufgaben einer von großen Gegensätzen geprägten Gesellschaft ist es sicherzustellen, dass alle Betroffenen gehört werden. Besonders schwierig ist es, an sozial schwache Jugendliche heranzukommen, die sich auf dem Arbeitsmarkt schwer tun. Es ist deshalb wichtig einzugestehen, dass die bestehenden demokratischen Verfahren die Masse der Jugend nicht erreicht haben. Zum Dritten darf die Kommunalpolitik nicht die kurzfristige Alltagspolitik außer Acht lassen. Die Verbindung kurzfristigen demokratischen Verhaltens im Alltag mit langfristigen Prozessen erfordert eine messbare Schnittstelle verschiedener Demokratiebegriffe. Die obigen Darlegungen zeigen, dass der Demokratiebegriff weit genug gefasst werden muss, um alle einschlägigen Aspekte der Demokratie zu erfassen. Dies könnte dann dazu beitragen, mehr junge Menschen als bisher zu erreichen.

Die fünf Demokratiekonzepte beweisen, dass die Demokratie sowohl eine soziale Dimension (zusammenarbeiten, mitreden, sich auseinandersetzen, die Verwaltung kontrollieren) als auch eine individuelle Dimension (sich zum Mitmachen entschließen und den Mund aufmachen) besitzt. Kürzlich hat der Rat der Europäischen Union (17.6.2011) alle Mitgliedstaaten aufgefordert, „einen umfassenden Ansatz ähnlich dem bereits in einigen Mitgliedsstaaten bei der ‚Jugendgarantie‘ praktizierten Ansatz zu entwickeln“. Im vorliegenden Artikel betonten wir anhand zweier Beispiele (zu seltener strukturierter Dialog, zu offene Fragebögen, um alle Arten von Jugendlichen zu erfassen), wie bei nationaler oder europäischer Planung von Themen wie der „Jugendgarantie“ in gewissem Maße bedacht werden sollte, dass nicht nur aktiv engagierte junge Leute berufen sind, an Anhörungen zur Vorbereitung von Entscheidungen teilzunehmen. Wir glauben, dass wirklich demokratisches Vorgehen in solchen Fällen erfordert, mehr qualitative und intensive Methoden direkter Kontakte zu Gruppen wie zu Einzelpersonen zu nutzen, um auch junge Menschen zu erreichen, die nicht von sozialen Dienstleistungen erfasst werden.

Schlussfolgerungen

Am Anfang unseres Artikels stellten wir fest, dass die Wahlbeteiligung oft als einziger zutreffender Maßstab für politisches Handeln der Menschen gewertet wurde. Wenn dem so ist, dann geht die Analyse von falschen Voraussetzungen aus, was man unter Demokratie zu verstehen habe. Die Erstellung von Listen von Schwerpunkten und wichtigen Themen zur Vorbereitung von Entscheidungen sollte sich auf die Untersuchung aktiven Handelns der Bürger in verschiedenen demokratischen Lebensbereichen stützen. Dazu muss man verschiedene Formen demokratischen Handelns im Auge behalten wie sie in den verschiedenen Konzepten des Demokratiebegriffs zum

Ausdruck kommen. Wir haben darauf hingewiesen, dass man nicht auf angeblich uninteressierte und passive Jugendliche abstellen darf, weil die Art von Demokratie, welche die Jugend wahrscheinlich nicht so sehr interessiert, nicht auf einem weit gefassten Demokratiebegriff beruht. Wer von zu engen Definitionen ausgeht, verbreitet nicht nur ein falsches Bild der Jugend, sondern könnte in manchen Fällen sogar verhindern, dass die Jugend richtig eingeschätzt wird und folglich nicht angemessen auf ihre Bedürfnisse eingegangen wird.

Wenn man die Vielfalt des Demokratiebegriffs anerkennt und entsprechend handelt, stellt sich die Frage, ob es sich überhaupt lohnt, Mitsprache zu fördern angesichts der Zeit und der Bemühungen, deren es bedarf, um die Bedürfnisse der jungen Leute zu befriedigen. Argumente zugunsten einer Förderung von Mitsprache können sich aber aus folgenden Erwägungen ergeben:

- ▶ Entwicklungsperspektive (jungen Leuten zu helfen, demokratisches Verhalten einzuüben);
- ▶ Dienstleistungsperspektive (Dienstleistungen durch Anhörung der Nutzer wirksamer zu gestalten);
- ▶ Demokratieperspektive (Je mehr die Bürger sich für gemeinsame Anliegen interessieren, desto eher werden sie bereit sein, sich demokratisch zu engagieren);
- ▶ Gemeinschaftsperspektive (Je mehr Gruppen sich als gleichberechtigte Mitglieder einer Gemeinschaft akzeptiert fühlen, desto mehr Geborgenheit, Identitätsgefühl und Kreativität kann ihnen die Gemeinschaft bieten).

Aus diesem Grund geht es bei Jugendmitsprache nicht nur um junge Menschen, sondern um uns alle.

Mit unserem Versuch, Mitsprache weiter zu fassen, reagieren wir auf die Mängel eines Systems, das junge Leute aufgrund ihres Alters am Wählen hindert. Der Europarat hat die Notwendigkeit betont, in allen Ländern und für alle Arten von Wahlen die Möglichkeit einer Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre zu prüfen (Europarat 2011). Läge das Wahlalter tiefer, würden die Anliegen der Jugend unter 18 in der repräsentativen Demokratie stärker beachtet, was bisher oft nicht der Fall war. Eine andere Lösung bestünde darin, Verfahren demokratischer Mitsprache zu schaffen, die repräsentativen Strukturen nachempfunden sind. Jugend- und Schulbeiräte sind zum Beispiel Formen, bei denen soziale Kompetenz und Bereitschaft, größere Verantwortung für gemeinsame Anliegen zu übernehmen, sich möglicherweise durch die Erfahrung dieser Gruppen und die ihnen gebotene Unterstützung verstärken. Wir sind überzeugt, dass diese Lösungen notwendige Schritte zu mehr Mitsprache in der Zukunft darstellen, möchten jedoch darauf hinweisen, dass es zusätzlich dazu verschiedenartiger Lösungen bedarf. Natürlich besteht die Gefahr, dass das Ganze zur Augenwischerei wird, falls nur ein geringer Prozentsatz der jungen Leute vertreten ist und die, die nicht vertreten sind, sich noch mehr gesellschaftlich ausgegrenzt fühlen.

Zusammenfassend sei gesagt, dass es beim Versuch, die Demokratie zu stärken und die Jugend in die Demokratie einzubeziehen, wichtig ist zu klären, von welchem Demokratiebegriff man ausgeht. Demokratiekultur kann verschiedene Formen annehmen. Es geht nicht nur darum, wie die Bedürfnisse der Jugend befriedigt werden können, damit sie sich für die repräsentative Demokratie interessieren,

sondern auch darum, wie man die Gesellschaft reformieren könnte, um zu einer vielstimmigen Kultur unter Betonung von Mitsprache zu gelangen.

Bibliografie

* Nur in finnischer Sprache

Aars, J. (2012), Democratic Renewal in Local Government: Lessons from Recent Democratisation Programs in Norway. Presentation in the 41st Congress of the Finnish Association of Local Government Studies. Verfügbar unter <http://www.kunnallistiede.fi/KTY/KTP%202012%20Jacob%20Aars.pdf> (aufgerufen am 20.12.2012).

*Alanen, L. (2009), Johdatus lapsitutkimukseen [Introduction to childhood research]. In: Alanen, L., Karila, K. (Hrsg.) Lapsuus, lapsuuden instituutiot ja lasten toiminta [Childhood, institutions of childhood and the action of the children]. Vastapaino, Tampere.

Beck, U. (1998), Democracy without enemies, Polity Press, Cambridge.

Bhatti, Y., Hansen, K., Wass, H. (2012), The relationship between age and turnout: A roller-coaster ride. *Electoral Studies* 31, S. 588-593.

Butković, H. (2010), How is Democracy Applied within the EU: Combining Elements of Traditional and Innovative Democratic Practice. *Politička misao*, 47(5), S. 27-43.

Cohen, J. (1998), Deliberation and Democratic Legitimacy. In: Goodin, R.E., Pettit, P. (Hrsg.) Contemporary Political Philosophy, Blackwell, Oxford.

Coleman, S. (2007), How democracies have disengaged from young people. In: Loader, B.D. (Hrsg.) Young Citizens in Digital Age. Political Engagement, young people and new media. Routledge, London.

Compendium of the first cycle of the structured dialogue (2011), The structured dialogue with young people and youth organisations on youth employment during the Spanish, Belgian and Hungarian EU presidencies, the Youth Department of the Ministry of National Resources of Hungary. Verfügbar unter http://ec.europa.eu/youth/news/20120203_compendium_en.htm (aufgerufen am 19.12.2012).

Council of Europe (2011 Doc. 12546), Expansion on democracy by lowering the voting age to 16. Report of Political affairs committee. Verfügbar unter <http://assembly.coe.int/ASP/Doc/XrefViewPDF.asp?FileID=13110&Language=EN> (aufgerufen am 20.12.2012).

Council of the European Union (17.6.2012), Council conclusions. Promoting youth employment to achieve the Europe 2020 objectives. Verfügbar unter http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/lsa/122831.pdf (aufgerufen am 19.12.2012).

Council Resolution (2011/C 164/01), Resolution of the Council and of the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council, on the structured dialogue with young people on youth employment. Verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2011:164:0001:0004:EN:PDF> (aufgerufen am 19.12.2012).

Dryzek, J. S., Dunleavy, P. (2009), *Theories of a democratic state*. Palgrave MacMillan, New York.

* Eskelinen, T., Gretschel, A., Kiilakoski, T., Kiili, J., Korpinen, S., Lundbom, P., Matthies, A.-L., Mäntylä, N., Niemi, R., Nivala, E., Rynänen, A., Tasanko, P. (2012), *Lapset ja nuoret subjekteina päätöksenteossa [Children and young people as subjects in decision making]*. In: Gretschel, A., Kiilakoski, T. (Hrsg.) *Demokratiaoppitunti. Lasten ja nuorten kunta 2010-luvun alussa [A Lesson in Democracy. The Municipalities of Children and Young Adults at the Beginning of the 21st Century]*. Finnish Youth Research Network, S. 35-94.

The European Code of Good Administrative Behaviour (2005), The European ombudsman. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

European Commission (EAC/D1/JK/D 2008), *The new concept of the European structured dialogue with young people*. Directorate-general for education and culture. Verfügbar unter http://ec.europa.eu/youth/documents/doc776_en.pdf (aufgerufen am 19.12.2012).

Farthing, R. (2010), *The politics of youthful antipolitics: representing the 'issue' of youth participation in politics*. *Journal of Youth Studies*, 13(2), S. 181-195.

Farthing, R. (2012), *Why Youth Participation? Some Justifications and Critiques of Youth Participation Using New Labour's Youth Policies as a Case Study*. *Youth & Policy* 109, S. 71-97.

Feldmann-Wojtachnia, E., Gretschel, A., Helmisaari, V., Kiilakoski, T., Matthies, A.-L., Meinhold-Henschel, S., Roth, R., Tasanko, P. (2010), *Youth participation in Finland and Germany. Status analysis and data based recommendations*. Finnish Youth Research Network, Bertelsmann Stiftung und Forschungsgruppe Jugend und Europa am CAP, Ludwig-Maximilians-Universität München. Verfügbar unter <http://www.nuorisotutkimusseura.fi/julkaisut/verkkojulkaisut> (aufgerufen am 22.11.2012).

Fieldhouse, E., Tranmer, M., Russell, A. (2007), *Something about young people or something about elections? Electoral participation of young people in Europe: Evidence from a multilevel analysis of the European Social Survey*. *European Journal of Political Research* 46, S. 797-822.

*Gretschel, A., Kiilakoski, T. (Hrsg.) (2012), *Demokratiaoppitunti. Lasten ja nuorten kunta 2010-luvun alussa [A Lesson in Democracy. The Municipalities of Children and Young Adults at the Beginning of the 21st Century]*. Finnish Youth Research Society/Network.

* Gretschel, A., Koskinen, S., Junttila-Vitikka, P. (2012), *Yhdyskunta- ja liikuntasuunnittelu: esimerkkinä skeittialueet ja leikkiuistot [Community and sport planning, cases about skate areas and playgrounds]*. In: Gretschel, A., Kiilakoski, T. (Hrsg.) *Demokratiaoppitunti. Lasten ja nuorten kunta 2010-luvun alussa [A Lesson in Democracy. The Municipalities of Children and Young Adults at the Beginning of the 21st Century]*. Finnish Youth Research Society, Helsinki, S. 35-94.

*Gretschel, A., Laine, S., Junttila-Vitikka, P. (2013), *Kuntalaisten kokemustieto*

liikuntapaikkojen laadun arvioinnissa [Knowledge of experience of local citizens in assessing the quality of sport facilities]. Valtion liikuntaneuvoston julkaisu

2013:1 [Publication of the Sport Council of the State of Finland], yhteisjulkaisu Nuorisotutkimusseura ry:n kanssa [Common publication with Finnish Youth Research Society].

Habermas, J. (1981), *Theorie des kommunikativen Handelns*. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Habermas, J. (1996), *Between Facts and Norms*. MIT Press, Cambridge.

Harris, A., Wyn, J., Younes, S. (2010), Beyond apathetic or activist youth: 'Ordinary' young people and contemporary forms of participation. *Young*, 18(1), S. 9-32.

Hart, J. (2008), Children's Participation and International Development: Attending to the Political. *International Journal of Children's Rights* 16, S. 407-418.

*Helsingin Sanomat (30.10.2012), Kuinka vaaleista saisi kiinnostavammat [How to make elections more interesting?]. Leitartikel.

Honneth, A. (2009), *Pathologies of Reason. On the Legacy of Critical Theory*. Columbia University Press, New York.

*Huhtala, S-P., Tontti, A. (2005), *Uusi nuorten Rovaniemi* [The new town Rovaniemi of young people], Thesis, Humak University of Applied Sciences.

Iredale, R., Longley, M., Thomas, C. Shaw, A. (2006), What choices should we be able to make about designer babies? A Citizens' Jury of young people in South Wales. *Health Expectation* 9(3). S. 207-217.

John, M. (2003), *Children's Rights and Power. Charging Up for a New Century*. Jessica Kingley, London and New York.

Kaufmann, B., Büchi, R., Braun, N. (2010), *Guidebook to Direct Democracy in Switzerland and Beyond*. The IRI Guidebook to Direct Democracy – 2010 Edition. The Initiative und Referendum Institute Europe, Marburg, Germany. Verfügbar unter <http://www.scribd.com/doc/92466488/IRI-Guidebook-to-Direct-Democracy-in-Switzerland-and-beyond-2010> (aufgerufen am 16.12.2012).

Locke, J. (1993), *The Second Treatise of Government*. In: Locke, J. (Hrsg.) *Political Writings*. Penguin, London.

Luhtakallio, E. (2010), *Local Politicizations. A Comparison of Finns and French Practicing Democracy*. Sociology Research Reports no. 265, Department of Social Research, University of Helsinki.

Margalit, A. (2002), *Ethics of Memory*. Harvard University Press.

*Ministry of the Employment and the Economy of Finland (2011), *Nuorten yhteiskuntatakuu - työryhmä asetettu* [The Young Peoples' Social Guarantee Model-working group has been established]. Verfügbar unter https://www.tem.fi/index.phtml?105033_m=103777&s=4760 (aufgerufen am 19.12.2012).

Ministry of Finance of Finland (2011), *Europe 2020 -strategy. Finland's National Programme, Spring 2011*. Ministry of Finance publications 14c/2011. Verfügbar unter http://www.vm.fi/vm/en/04_publications_and_documents/01_publications/02_economic_surveys/20110406Europe/name.jsp.

The Ministry of Local Government and Regional Development of Norway (2011), Higher Turnout among First-time Voters. Verfügbar unter <http://www.regjeringen.no/en/dep/krd/press/press-releases/2012/higher-turnout-among-first-time-voters.html?id=670637> (aufgerufen am 25.11.2012).

Morrow, J. (2005), *History of Western Political Thought*. Palgrave MacMillan, New York.

Mouffe, C. (2005), *Return of the Political*. Verso, London.

Nussbaum, M. (2007), *Frontiers of Justice. Disability, Nationality, Species Membership*. Harvard University Press, London.

*Palonen, Kari (2008), Kaksi politiikan käsitettä [Two concepts of politics]. In: Korvela, P. E., Lindroos, K. (Hrsg.) *Avauksia poliittiseen ajatteluun* [Opening the political thinking]. Jyväskylä: Minerva.

Parkinson, J. R. (2012), *Democracy and Public Space*. Oxford University Press, Oxford.

*Pekonen, K. (2011), Puhe eduskunnassa [Talk in the parliament]. Vastapaino, Tampere.

*Raisio, H., Ollila, S. (2011), Ryhmäkeskustelut nuorten kansalaisraadissa [Group discussions in the youth jury]. In: Mäntylä, N. (Hrsg.) *Lapset ja nuoret yhteiskunnan toimijoina* [Children and Young People as Actors in Society]. Proceedings of the University of Vaasa, Finland. Verfügbar unter http://www.uva.fi/materiaali/pdf/isbn_978-952-476-379-0.pdf (aufgerufen am 19.12.2012).

Rosanvallon, P. (2008), *Vastademokratia. Poliitikka epäluulon aikakaudella*. Vastapaino, Tampere.

Schulz, W., Ainley, J., Fraillon, J., Kerr, D., Losito, B. (2010), ICCS 2009 International Report: Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower-secondary school students in 38 countries. International Association for the Evaluation of Educational Achievement. Verfügbar unter http://www.iea.nl/fileadmin/user_upload/Publications/Electronic_versions/ICCS_2009_International_Report.pdf (aufgerufen am 22.11.2012).

Schulz, W., Fraillon, J., Ainley, J., Losito, B., Kerr, D. (2008), *International Civic and Citizenship Education Study. Assessment Framework*. International Association for the Evaluation of Educational Achievement. Verfügbar unter http://www.iea.nl/fileadmin/user_upload/Publications/Electronic_versions/ICCS_2009_Framework.pdf (aufgerufen am 22.11.2012).

Statistics Finland (2012), Voting turnout in the Municipal elections in 1972-2012, %, in Finland. Verfügbar unter http://www.stat.fi/til/kvaa/2012/kvaa_2012_2012-10-29_tau_001_fi.html (aufgerufen am 22.11.2012).

The University of Vaasa (2010), *The First Finnish Youth Jury. Involvement in school community. A youth jury of 16–20-year-old students*. Vaasa 17–19.10.2010, final report. Verfügbar unter http://blog.uvasa.fi/midcom-serveattachmentguid-1e148dff-ca8f76648df11e1bf5a3b5702abb20db20d/finnish_youth_jury_final_report-002.pdf (aufgerufen am 26.11.2012).

Vromen, A., Collin, P. (2010), Everyday youth participation? Contrasting views from Australian policymakers and young people. *Young*, 18(1), S. 97-112.

Zizek, S. (2008), *In Defence of Lost Causes*. Verso, London.

